



1917 РЕВОЛЮЦИЯ Revolution

Russland und die Folgen **ESSAYS**



DEUTSCHES
HISTORISCHES
MUSEUM

SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM.

1917 РЕВОЛЮЦИЯ Revolution

**Russland
und die Folgen**

Herausgegeben
vom Deutschen Historischen Museum und
dem Schweizerischen Nationalmuseum

SANDSTEIN VERLAG

Abbildung auf dem Einband

Wladimir Lenin spricht zu Teilnehmern des sogenannten Wsewobutsch auf dem Roten Platz, Moskau 25. 5. 1919.

Das militärische Ausbildungsprogramm verpflichtete alle Arbeiter im Alter von 18 bis 40 Jahren neben der Arbeit in den Betrieben und Fabriken, an einer militärischen Grundausbildung über acht Wochen teilzunehmen. Auch Frauen, Jugendliche und Soldaten waren von dieser Form der Wehrpflicht erfasst. Per Dekret hatten die Bolschewiki am 22. April 1918 entschieden, dass alle die «Kriegskunst» erlernen sollten. Ziel war die Mobilisierung von Reservierten für die Rote Armee. Das Programm endete 1923, wurde aber nach dem Großen Vaterländischen Krieg wieder aufgenommen. Als symbolische Darstellung der Agitation der Massen durch den Revolutionsführer war dieses Foto in der Sowjetunion weit verbreitet und erschien 1968 auf einer Briefmarke.

Inhalt

8 **Vorwort** Ulrike Kretzschmar und Andreas Spillmann

10 **Einführung** Kristiane Janeke

Jörg Baberowski
15 **Die Russische Revolution und die Neuordnung der Welt**

Heiko Haumann
27 **Ursachen der Revolution und Prägungen der Akteure**

Frithjof Benjamin Schenk
41 **«Flieg meine Lokomotive, flieg ...»**
Schienen der Macht
in der Russischen Revolution

Igor Narskij
55 **Die Zerstörung des Landes und der Bauernkrieg**
Die Russische Revolution jenseits der städtischen Zentren

Julia Richers
69 **Die Schweiz als Zufluchtsort und Wegbereiterin der Revolution**

Jutta Scherrer
83 **Die russische Intelligenzija**
Visionen der Zukunft –
Erfahrungen des Umbruchs

Felix Philipp Ingold
97 **«Gelbe» Apokalypse und «rote» Revolution**
Kontroversen um den Orientalismus
in der russischen Moderne

Sophie Cœuré
111 **Sowjetrussland in einem nicht-revolutionären Europa**
Grenzen, Propaganda und Mythen

Martin Sabrow
125 **Der «Rote Oktober» und sein Nachhall im geteilten Deutschland**

Gerd Koenen
141 **Der «Rote Oktober» als Mythos und Utopicum**

Boris Kolonickij
157 **Unvorhersehbare Vergangenheit**
Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur im heutigen Russland

Catherine Merridale
173 **Katastrophe oder Neubeginn?**
Nachdenken über die Bedeutung der Lenin'schen Revolution

Anhang
189 Personenregister
194 Schreibweise und Kalender
195 Kurzbiografien Autorinnen und Autoren
199 Bildnachweis
200 Impressum

Die Russische Revolution und die Neuordnung der Welt

JÖRG BABEROWSKI

Die Russische Revolution war ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung. Sie besiegelte das Ende der Autokratie und zerstörte in wenigen Monaten, was in Jahrhunderten entstanden war. Millionen Menschen starben in den Jahren des Bürgerkrieges, verhungerten oder wurden aus dem Land vertrieben, die alte Ordnung wurde mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Aber aus der Asche der Zerstörung brachten die Revolutionäre auch Neues hervor. Sie gaben der Welt ein Beispiel dafür, was Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit bewirken konnten. Eine kleine Schar verschworener Revolutionäre hob die Welt aus den Angeln und setzte sich gegen alle Erwartungen durch. Im Westen Europas wurden die Bolschewiki für ihre Tatkraft bewundert: als Machtmenschen, die ins Werk setzten, woran die Liberalen gescheitert waren. Die Eliten im alten Europa fürchteten sich vor der Gewalt der bolschewistischen Revolutionäre. Im Zeitalter der Massenmobilisierung aber war der Bolschewismus für viele auch eine Verheißung, weil er versprach, die soziale Frage nicht nur zu bewältigen, sondern für immer aus der Welt zu schaffen. Vor allem aber war der Bolschewismus ein autoritäres, totalitäres Experiment, das aus dem Geist des Krieges kam und die Welt so sehr veränderte, dass nach der Revolution nichts mehr so war wie zuvor. Nur entstand die Revolution nicht «am Reißbrett». Es hätte auch alles ganz anders kommen können, wenn es nicht den großen Krieg gegeben hätte. Die autoritäre, gewalttätige Kultur des Bolschewismus kam nicht aus den Texten, sondern entstand in den Wirren des Krieges. Ohne die Beschreibung des Kontextes, aus dem sie sich herausbildete, wird man nicht verstehen, warum der Bolschewismus überall in Europa Furcht und Faszination auslöste.

Russland war ein Land der Kontraste, ein Vielvölkerreich, das von einer kleinen europäischen Elite beherrscht und von Bauern bewohnt wurde. Nirgendwo in Europa war die soziale Kluft, die Untertanen und Adel voneinander trennte, größer als in Russland. Um die Jahrhundertwende wurde das Zarenreich von Bauernunruhen, Streiks, ethnischen Konflikten und Pogromen erschüttert, die im Jahr der ersten Russischen Revolution 1905 außer Kontrolle gerieten. Und dennoch hätte die Autokratie bleiben können, was sie war, weil sie der Gesellschaft von Besitz und Bildung eine Verfassung und ein Parlament gewährte und weil sie die sozialen Konflikte und nationalen Leidenchaften unter Kontrolle brachte. Nicht einmal der Weltkrieg, der das Imperium in eine Existenzkrise stürzte, hätte das Ende der Zarenherrschaft bedeuten müssen. Zwar waren Hunderttausende Soldaten gefallen oder in Gefangenschaft geraten, Millionen Menschen waren aus ihrer Heimat vertrieben und die Grenzregionen verwüstet worden. In den Städten kam es im Jahr 1916 zu einer Versorgungskrise, über die das Regime die Kontrolle verlor. Aber nichts sprach im Februar 1917 dafür, dass sich die Revolte unzufriedener Arbeiter in eine Revolution verwandeln würde. Selbst Leo Trotzki, der den Anspruch erhob, mit der Geschichte im Bund zu stehen, räumte später ein, dass die Revolution ein Geschehen mit offenem Ausgang gewesen sei. Alles hätte auch anders kommen können, wenn der Zar entschlossen gehandelt und es den Revolutionären an Mut gefehlt hätte.¹

Die Revolution begann in Petrograd, wie St. Petersburg seit Ausbruch des Krieges hieß, als Protest von Frauen, die gegen die Erhöhung der Brotpreise und den Versorgungsnotstand demonstrierten. Es dauerte nur wenige Stunden, bis sich die Unruhen über die ganze Stadt ausbreiteten und alle Schichten der Bevölkerung erfassten. Zuerst liefen die Soldaten der Garnison zu den Aufständischen über und entwaffneten die Polizisten, die auf den Straßen für Ordnung sorgen sollten, dann meuterten auch die Kosaken, die der

¹ Leo Trotzki: *Geschichte der Russischen Revolution. Erster Teil: Februarrevolution*, Frankfurt a. M. 1982, 2. Aufl., S. 90.



Frauendemonstration am Taurischen Palais in Petrograd.

Fotografie von Jakob W. Schtejnberg, 23. 2. 1917.

Zar entsandt hatte, um die Rebellion niederzuschlagen. Und dennoch konnte sich niemand, der Zeuge dieser Unruhen geworden war, vorstellen, dass sich die Brotrevolte in eine Revolution verwandeln würde. Es hatte schon so viele Unruhen gegeben, die nichts bewirkt hatten! Warum sollte es dieses Mal anders sein? Lenin befand sich noch in der Schweiz, als die Unruhen in der Hauptstadt Russlands ausbrachen. Auch er war überrascht, als er hörte, dass Arbeiter und Soldaten sich gegen das alte Regime erhoben hatten, und er wusste ebenso wenig wie all die anderen Menschen, was nun geschehen sollte.

In den Märztagen des Jahres 1917 hatten die liberalen Abgeordneten der Duma eine «Provisorische Regierung» gebildet und den Zaren zur Abdankung gezwungen. Seine Minister wurden entlassen und durch liberale Abgeordnete der Duma ersetzt. Sie wollten Russland regieren, bis eine verfassungsgebende Versammlung über seine Zukunft abschließend entschieden hatte. Nicht

Machthaber, sondern Treuhänder wollten sie sein, weil sie glaubten, es fehle ihnen die Legitimation. Zur gleichen Zeit riefen revolutionäre Intellektuelle einen Arbeiter- und Soldatenrat ins Leben, der dem Volk Gehör geben und die Regierung der Bürger kontrollieren sollte. Niemals zuvor hatte es etwas Ähnliches gegeben: eine «permanente Großkundgebung» von 2 000 Arbeitern und Soldaten, die Generälen und alten Männern in Anzügen ihren Willen aufzuzwingen versuchte. Zwar hatten sich die Revolutionäre im Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrats selbst dazu ermächtigt, Befehle zu erteilen. Und doch waren auch sie nur Getriebene im großen Strom des revolutionären Geschehens, über das niemand Kontrolle ausübte. Wer hätte die wütende Masse zähmen und unter Kontrolle bringen sollen? Diese Frage stellten sich im Frühjahr 1917 nicht nur die Liberalen, sondern auch die Revolutionäre, die wenig mit dem Volk verband und die nicht wussten, auf welche Legitimation sich ihre Macht eigentlich gründen sollte.



Sitzung des Rates der Soldatendeputierten im Taurischen Palais.

Fotograf unbekannt, Petrograd, 6. – 12. 3. 1917.

Die Doppelherrschaft war nicht nur ein Ausdruck der sozialen Zerrissenheit, sondern auch ein Spiegel der Möglichkeiten. Zwar geboten nur die Mitglieder der Provisorischen Regierung über das Wissen und die Erfahrungen, um das Alltagsgeschäft der Politik zu betreiben, aber die Räte hatten die Verfügungsgewalt über die Waffen. Auf sie kam es am Ende an. Und obgleich die liberalen Politiker wenig Macht besaßen, setzten sie alle Möglichkeiten aufs Spiel, sie für sich zu erobern. Im März entließ die Provisorische Regierung die Gouverneure des Zaren und alle Landhauptleute in den Provinzen und löste die Polizei auf. An ihre Stelle traten Kommissare ohne Macht und bewaffnete Zivilisten und Soldaten, die keinem Staat mehr verpflichtet waren. So aber versetzten sie der alten Ordnung den Todesstoß, ohne sie durch eine neue ersetzen zu können. In den Provinzen entschieden die Soldaten in den Garnisonen, nicht die Kommissare, was zu tun und was zu unterlassen war. Macht hatte jetzt nur noch, wer die Bewaffneten, die die Straßen bevölkerten, auf ein Ziel lenken konnte.

Die Macht liege auf der Straße, hatte Lenin gesagt, und es komme nur darauf an, sie zu ergreifen.

In den Dörfern blieb es im Frühjahr 1917 noch ruhig. Denn das Land war noch nicht verteilt, die Zukunft ungewiss. So haben es viele Herren von einst beschrieben, die sich in den Dörfern vor Gewalt und Willkür in Sicherheit wähnten. Erst als die alten Eliten auch dort abtraten, Deserteure und demobilisierte Soldaten Bauern gegen die Gutsbesitzer aufhetzten und das Land verteilten, schlug dem Frieden auch dort die letzte Stunde. Manche Adlige konnten, nachdem sie sich dem Willen der Bauern unterworfen und auf ihr Hab und Gut verzichtet hatten, im Dorf weiterleben, andere fielen der Gewalt zum Opfer, die von fanatisierten Deserteuren angefacht wurde. Als die Front nach der missglückten Kerenski-Offensive im Sommer 1917 endgültig zusammenbrach, wurde nicht nur das Ende der imperialen Armee besiegelt. Hunderttausende Soldaten desertierten und kehrten in ihre Dörfer zurück, verbitterte, gewaltbereite und

wütende junge Männer, die für den Kompromiss nicht mehr zu gebrauchen waren. Im Sommer 1917 schon versank das Imperium in Chaos und Anarchie. Und es waren die Bolschewiki, die diese Situation für ihre Zwecke zu nutzen verstanden.

An der Peripherie begann die Zersetzung der alten Ordnung erst, als die Provisorische Regierung die Kontrolle über das Geschehen verloren hatte und die Armee als Ordnungsfaktor nicht mehr zur Verfügung stand. Polen befand sich schon seit 1915 nicht mehr im Herrschaftsbereich des Imperiums, und es gab nicht die geringste Hoffnung, dass Warschau in den Schoß des Reiches zurückkehren würde. Selbst in der Ukraine gab es politische Parteien, die sich vom Imperium abwandten und einer nationalen Strategie das Wort redeten. In der Rada, dem ukrainischen Parlament in Kiew, gaben sie im Frühjahr 1917 jedenfalls noch den Ton an. Finnland und die baltischen Provinzen erklärten sich für unabhängig. Und auch im Kaukasus entstanden Republiken, die sich als Nationalstaaten entwarfen, aber nur eine geringe Überlebenschance hatten, weil die Bauern sich für sie nicht interessierten. Als die Armee des Zaren zerfiel, verwandelten sich armenische, georgische und muslimische Einheiten in marodierende Banden. Blutige interethnische Konflikte verwüsteten die Region, ohne dass es den Nationalisten gelungen wäre, die Kontrolle über das Geschehen zu bewahren. Regierungen ohne Kontrolle überall!

Wer aber begriff in diesen Tagen überhaupt, dass mit der Abdankung des Zaren auch die Quellen versiegt waren, die die Herrschaft der Wenigen legitimiert hatten? Das Herrscherhaus und seine Minister hatten sich immerhin auf Herkommen und Tradition berufen können. Was aber stand den Abgeordneten der Duma und den Deputierten der Arbeiter- und Soldatenräte als Begründung zu ihrer Verfügung, worauf konnten sich die Nationalisten in Kiew, Baku und Tiflis berufen? Sie konnten auf nichts anderes als auf den Willen der Straße verweisen. Ihn aber konnte jeder mit gutem Grund auch für illegitim halten. Was immer das Ende der Autokratie auch bedeutet haben mag: Die Revolution ließ die Machtfrage offen,

weil es keine Instanz gab, die sie hätte entscheiden können. Und deshalb konnte im Spiel um die Macht nur gewinnen, wer mit der Situation der Unsicherheit und Gewalt umzugehen verstand.

Jedermann konnte spüren und sehen, dass es in Russland keine Bürgergesellschaft gab, dass die Wünsche der liberalen Eliten den Bauern einerlei waren, dass an der Peripherie andere Konflikte ausgetragen wurden als im Zentrum des Imperiums, dass bewaffnete Soldaten ohne Führung sich in plündernde Haufen verwandelten und dass der Zerfall des Staates die Geburtsstunde des Bürgerkrieges war, in dem Gewehre, nicht Argumente das letzte Wort behielten. Auf den Straßen in Petrograd wurden Diebe gelyncht, Bürger verprügelt oder getötet, deren Aussehen sie als Mitglieder der Oberschicht auswies, Geschäfte ausgeraubt.

Ohne Anführer, die der Gewalt Ziele setzten und eine Form gäben, wäre der Protest zweifellos versandet und folgenlos geblieben. Rebellen, die ein Regierungsgebäude besetzen und Beamte töten, gewannen nichts, wenn niemand imstande wäre, die Funktionen der Getöteten zu übernehmen. Blinde Wut ist diffus, ohne Strategie und Organisation, ohne Ziel und Steuerung wird aus einer amorphen Masse keine bewegende Kraft. Lenin hatte sogleich begriffen, worauf es nun ankam: Man schafft klare Verhältnisse und macht sich über die Legitimation Gedanken, wenn erreicht ist, was man sich vorgenommen hat. Nicht Ideologien und Überzeugungen sind der Anfang aller Macht, sondern Organisation und Gewalt. Die Schwachen, die Zauderer und Unentschlossenen sind für den Augenblick der Entscheidung nicht zu gebrauchen.

So geschah es auch, als im Oktober der Entschluss fiel, die Regierung zu stürzen und nach der ganzen Macht zu greifen. Lenin und seine Getreuen waren überrascht, wie leicht es war, die Regierung in wenigen Stunden aus der Welt zu schaffen. Sie fragten sich, warum sich ihnen kaum jemand widersetzte, warum niemand den Versuch unternahm, sie mit Gewalt von den Schalthebeln der Macht wieder zu vertreiben. Was sollten die Bol-



Bauernversammlung, Dobronitzki, Gouvernement Orjol, im Rahmen der sogenannten schwarzen Umverteilung, bei der sich die Bauern im Frühjahr 1917 das Land der Gutsbesitzer gewaltsam aneigneten.

Fotograf unbekannt, 1917.

schewiki mit der Macht anfangen, die ihnen zugefallen war? Das fragte sich nicht nur Lenins Bildungskommissar Anatoli Lunatscharski, der im Winter 1917 mit vor Angst weit aufgerissenen Augen in seinem Büro saß und darauf wartete, dass die Gegenrevolution Rache an ihm nahm. Niemand wollte mit den neuen Herren kooperieren, niemand ihnen gehorchen. Lenin hatte sogleich erkannt, dass sich nur durchsetzen würde, wer aus der Not eine Tugend werden ließ. Wenn man schon keine Kontrolle ausübte, konnte man potenzielle Gegner wenigstens daran hindern, sich gegen die neuen Herren zu verbünden. Furcht und Schrecken, Terror gegen jedermann und zu jeder Zeit – das waren die Ressourcen, aus denen sich die Macht am Leben erhielt. «Die Herren Volkskommissare», klagte Maxim Gorki Ende Dezember 1917, «haben im Namen des Proletariats die alten Gerichte abgeschafft und dadurch die ›Lynchjustiz‹, das tierische Recht der ›Straße‹ zum Gesetz erhoben.»²

Aber erst als die linken Sozialrevolutionäre im September 1918 ein Attentat auf Lenin verübten, verwandelten die Bolschewiki Gewalt in ein Instrument der Machtausübung. Die Tscheka, die Geheimpolizei des Regimes, nahm Geiseln, verhaftete und tötete Angehörige der alten Elite und schuf eine Atmosphäre allgegenwärtiger Angst. Jeder konnte jederzeit Opfer der maßlosen Gewalt werden, die das Regime nun systematisch und gezielt gegen ihre eingebildeten Widersacher einsetzte. Die Bolschewiki waren ihrer Sache nicht sicher, aber sie machten die Erfahrung, dass Drohungen ihre Wirkungen verloren, wenn ihnen keine Taten folgten. Nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche terrorisierten sie ihre Gegner, nicht, weil sie eine Mission zu erfüllen, sondern weil sie keine andere Möglichkeit hatten, Macht durchzusetzen. Russland verging im Strudel der Gewalt.

² Maxim Gorki: Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution, Frankfurt a. M. 1972, S. 123.

Ursachen der Revolution und Prägungen der Akteure

HEIKO HAUMANN

Die beiden Revolutionäre Nikolai A. Rubakin und Wladimir D. Bontsch-Brjewitsch waren davon überzeugt, dass eine grundlegende Veränderung der russischen Gesellschaft unbedingt notwendig sei. Diese Revolution müsse von den Bauern und Arbeitern selbst kommen. Deshalb sollten auch die Analysen der gegenwärtigen Gesellschaft sowie die Vorstellungen der zukünftigen Welt mit den Lebensweisen der Menschen verknüpft werden. Um diese kennenzulernen, riefen Rubakin und Bontsch-Brjewitsch seit Ende des 19. Jahrhunderts Bauern, teilweise auch Arbeiter dazu auf, Autobiografien zu verfassen oder ihnen in Briefen ihr Leben zu schildern. Die Resonanz auf beide Aufrufe war erstaunlich hoch. Über das Schreiben, so hofften beide, könnten sich die Autoren ihrer Situation bewusst werden und eigene Vorstellungen für Veränderungen entwickeln.

Bontsch-Brjewitsch musste zeitweise im Exil leben. Er schloss sich den radikalen Sozialdemokraten, den Bolschewiki, an. Insbesondere wollte er die Lebensgeschichten von «Sektierern» aufbewahren und publizieren, weil er in den religiösen Abspaltungen einen sozialen Protest gegen die zaristische Gesellschaft und einen Ausdruck kommunistischer Lebensweise sah. Zusammen mit anderen versuchte er, die Bolschewiki dafür zu gewinnen, bei den revolutionären Strategien und Zukunftsentwürfen auf den Lebenswelten der Arbeiter und Bauern aufzubauen, um so die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu bringen.

Rubakin hingegen war Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre. 1907 emigrierte er aus Russland in die Schweiz, um von dort aus seine Korrespondenz mit Bauern fortzusetzen. Zwei Jahre später verließ er seine Partei, weil er Terroranschläge ablehnte, von denen sich die Parteiführung nicht deutlich genug distanzierte. Er

ging von der Tradition gemeinschaftlichen Handelns der Bauern aus, wie es sich etwa in den Entscheidungen der Dorfgemeinde, der «Obschtschina», ausdrückte. Auf dieser Grundlage könne sich ein Agrarsozialismus entfalten und den Kern der zukünftigen Gesellschaft bilden.

Mit den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären sind die beiden wichtigsten revolutionären Parteien im zaristischen Russland genannt. Mit ihnen können auch die beiden grundsätzlich voneinander unterschiedenen Strategien charakterisiert werden. Beide stellten sich in die Tradition der revolutionären Bewegung seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die im Wesentlichen von Angehörigen der «Intelligenzija» – Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten, die ihre Bildung zum Dienst am Volk einsetzten – getragen wurde. Als entscheidender Ansatzpunkt für die Revolution galt ursprünglich der Dorfsozialismus. Aber auch terroristische Attentate waren nicht ausgeschlossen, um die Verletzlichkeit des Systems zu zeigen und damit den Umsturz in Gang zu setzen. 1874 hatte ein Teil der Oppositionellen – die «Narodniki», die «Volksverbundenen» – einen «Gang ins Volk» unternommen, um die ländliche Bevölkerung für ihre Ideen zu begeistern. Aus dem Scheitern dieses Versuchs und aus den Wirkungen der Attentate auf den Zaren und hohe Würdenträger des Reiches, die keinen Aufstand, sondern nur verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen zur Folge hatten, zogen viele ehemalige Narodniki den Schluss, dass es eines neuen Ansatzes für die Revolution bedürfe. In Anlehnung an die Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels vertraten sie die Auffassung, dass der Kapitalismus auch in Russland Eingang gefunden habe und nicht mehr aufzuhalten sei. Deshalb bilde nicht mehr die Bauernschaft, sondern die Arbeiterklasse die treibende Kraft für gesellschaftliche Veränderungen.

Daraus bildete sich die Sozialdemokratie. Für deren Entwicklung war die 1897 erfolgte Gründung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Russland – kurz Bund genannt – von großer Bedeutung. Mit seiner Forderung nach kultureller, nichtterritorialer Autonomie der jüdischen Bevölkerung – namentlich im

«Ansiedlungsrayon» des Reiches, einem breiten Streifen von Litauen bis zum Schwarzen Meer, auf den die Niederlassung der Juden bis zum Ersten Weltkrieg fast ausschließlich beschränkt blieb – brachte er das Problem der nationalen Frage in die Arbeiterbewegung ein. Folgerichtig trat er als autonome Sektion der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei, die sich 1898 formierte. In den Sozialrevolutionären, deren Parteigründung 1901 erfolgte, bündelten sich hingegen zunächst noch die Strömungen, die an der Bauernschaft als entscheidender Kraft für die Umwälzung, aber auch an Attentaten als Kampfmittel festhielten. Später wandten sie sich zusätzlich der Arbeiterschaft zu.

Allerdings konnten sich diese Parteien nicht frei bewegen und um Anhänger werben: Derartige Organisationen waren zu dieser Zeit verboten. Das Zarenreich war eine Autokratie, eine formal unbeschränkte Selbstherrschaft. Insofern gab es auch kein Parlament mit Parteien und Befugnissen zur Gesetzgebung. Mitglieder der neuen Parteien wurden verhaftet, in die Verbannung nach Sibirien geschickt oder mussten im Untergrund leben. Sie wurden «Berufsrevolutionäre», weil ihnen gar nichts anderes übrig blieb, wenn sie ihren Überzeugungen treu sein wollten. Viele von ihnen gingen, um den Verfolgungen zu entkommen, vorübergehend oder auch für längere Zeit ins Exil.

In fast allen europäischen Ländern, aber auch in den USA und in Lateinamerika finden wir russische Revolutionäre, die von dort aus versuchten, mit ihren Anhängern in Russland in Verbindung zu bleiben. Den beliebtesten Aufenthaltsort für die Emigranten stellte die Schweiz dar. Häufig fielen im Ausland wichtige Entscheidungen über die künftige politische Ausrichtung. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Sozialdemokraten stritten darüber, ob man eine dezentralisierte, demokratisch aufgebaute Massenpartei anstrebe oder ob unter den Bedingungen der Illegalität im Zarenreich eine zentralistisch-hierarchische Organisation von Berufsrevolutionären notwendig sei. Dies führte am zweiten Parteitag der russischen Sozialdemokratie in London 1903 zur Spaltung in zwei Fraktionen. Nach einem zufälligen Abstimmungserfolg bürgerte sich für die Anhänger der Zentralisten der Begriff «Bolschewiki» («Mehrheitler») ein, während die Unterlegenen als «Menschewiki» («Minderheitler») bezeichnet wurden.

Im Exil konnten sich die Revolutionäre ein breites Wissen über politische Theorien und praktische Probleme aneignen. Sie erfuhren, wie andere politische und wirtschaftliche Systeme und Institutionen funktionierten. Weiterhin erhielten sie Hilfen von Einheimischen und konnten Beziehungen zu diesen aufbauen, die ihren Horizont ebenso erweiterten wie das kulturelle Leben im Exilland. All dies hatte Einfluss auf das künftige Handeln der Revolutionäre, wenn sie nach Russland zurückkehrten. Doch es gab auch eine andere Seite.

Die spärlichen Nachrichten, die sie aus Russland erhielten, Konflikte, die sie mit ihren Anhängern im Untergrund über die richtige Strategie und Taktik hatten, und das kärgliche Leben im Exil zeigten ebenfalls Folgen für Denken und Verhalten der Emigranten. Ungeduldig erwarteten sie die Möglichkeit zur Rückkehr nach Russland. Umso unduldsamer gingen sie mit denjenigen um, die ihre Analysen der Entwicklung in Russland oder ihre Vorstellungen über die einzuschlagende politische Richtung nicht teilten. Diese Auseinandersetzungen führten häufig zu kleinlichen Streitereien, die Freundschaften zerbrechen ließen. Dies wiederum zog Abspaltungen innerhalb der Organisationen nach sich und förderte die Gewohnheit, Entscheidungen in einem kleinen Kreis von Vertrauten zu fällen und dann von oben nach unten durchzusetzen. Der politische Gegner – in den eigenen Reihen oder in anderen Gruppierungen – wurde erbittert bekämpft. Dadurch verfestigten sich Konzepte, die «von außen» an die Menschen und die jeweiligen Zustände herangetragen wurden anstatt – wie es Rubakin und Bontsch-Brujewitsch befürworteten – an den Lebenswelten anzuknüpfen.

Im russischen Untergrund bildeten sich ähnliche Denk- und Verhaltensweisen aus. Das Leben in der Illegalität, der Druck ständiger Überwachung und Verfolgung, die revolutionäre Ungeduld, endlich die gesellschaftlichen Verhältnisse umstürzen zu

können, die Enge, unter der die Diskussionen über Aktivitäten geführt und die Vorbereitungen für das Handeln getätigt werden mussten, brachten ebenfalls verbohrt es Beharren auf dem eigenen Standpunkt mit sich. Hinzu trat das Misstrauen gegen fast alle in der jeweiligen Organisation, weil man immer mit Spitzeln rechnen musste, die die zaristische Geheimpolizei, die «Ochrana», einschleuste, um im geeigneten Augenblick die Mitglieder zu verhaften und die Organisation zu zerschlagen. So sehr man sich bemühte, solidarische Lebensformen zu bewahren, scheiterte dies oft an den Bedingungen der Untergrundarbeit. An langwierige demokratische Entscheidungsprozesse von unten nach oben mit Offenheit, Reflexion und Anerkennung anderer Standpunkte oder gar deren Übernahme war in der Regel weder im Exil noch im Untergrund zu denken. Eine ganze Generation von Revolutionären wurde von diesen Erfahrungen im Exil und Untergrund geprägt.

Bauern und Arbeiter galten den Revolutionären als Träger der gesellschaftlichen Umwälzung. In der Tat bildeten die Verhältnisse auf dem Land mit ihren ungelösten Problemen politischen Sprengstoff. Die Bevölkerung Russlands wuchs von rund 75 Millionen Menschen im Jahr 1858 auf fast 180 Millionen am Vorabend des Ersten Weltkriegs.



Das Dorf Smolentzewo. Durch eine Befestigung der Wege soll verhindert werden, dass diese im Frühjahr und Herbst wegen der Schlamperperiode nicht mehr passierbar sind.
Fotograf unbekannt, vermutlich nach 1917.

28

krieges. Im europäischen Teil des Reiches blieb dabei der Anteil des Bauernstandes mit knapp über 80 Prozent gleich. Die wenigsten konnten lesen und schreiben, wenngleich gerade nach der Jahrhundertwende erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, dies zu ändern.

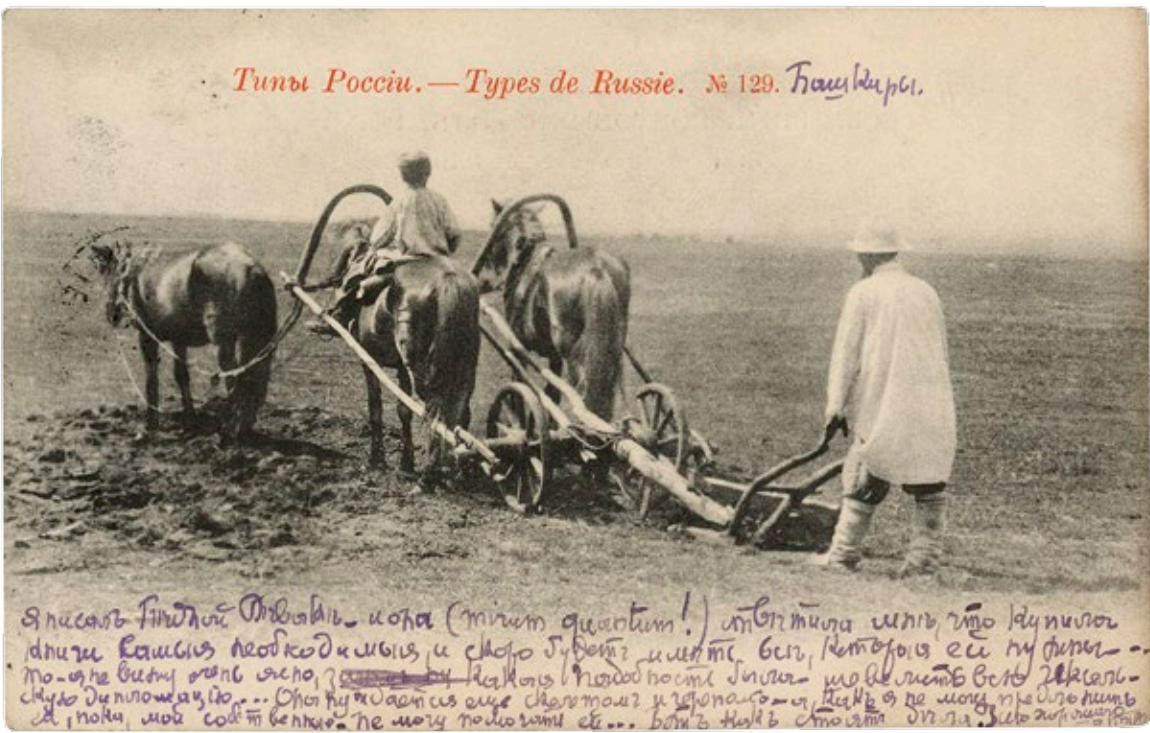
Die große Agrarreform von 1861, die «Bauernbefreiung», hatte Bauern zwar endlich aus der Leibeigenschaft befreit. Doch mit ihrer persönlichen Freiheit gingen neue Nachteile einher. Häufig stand ihnen nun weniger Land als vorher zur Verfügung. Ein Großteil der Bauern empfand die Folgen der Reform als Unrecht: Nach wie vor waren sie davon überzeugt, dass das Land eigentlich ihnen gehöre und die Adligen es ihnen geraubt hätten. Dennoch nutzten sie die Möglichkeiten, die sich ihnen nun boten. Sie klagten bei Streitigkeiten vor den jetzt geschaffenen regionalen Gerichten. Frauen versuchten auf diesem Wege, sich gegen materielle Benachteiligung, Prügel und sexuelle Gewalt zu wehren. Die dörfliche Selbstverwaltung in der Obschtschina wurde intensiv wahrgenommen. Dort entschieden die Haushaltsvorstände darüber, wie in periodischen Abständen das Land unter den einzelnen Höfen umverteilt wurde, und berieten über sonstige grundlegende Fragen der Gemeinde. Gemeinschaftlich haftete man für das Steueraufkommen. Die Selbstverwaltung setzte sich seit 1864 in regionalen Parlamenten fort, den «Semstvos» oder «Landschaften», einer Art Landtag. Obwohl der grundbesitzende Adel hier das Übergewicht hatte, waren die Befugnisse der Semstvos beschränkt und wurden bald weiter beschnitten.

Auch in der Landwirtschaft selbst zeigte sich die Mehrheit der Bauern als äußerst flexibel. Der wenig kapitalintensive bäuerliche Familienbetrieb konnte sich auf die wirtschaftlichen Wechselagen und die neuen Marktbedingungen unerwartet gut einstellen. Dennoch blieb er anfällig für Krisen und Missernten, zumal nur die wenigsten Bauern nennenswerte Überschüsse erwirtschaften konnten. Zwar lieferten die Bauern, teilweise durch Steuerdruck erzwungen, zunehmend mehr Getreide und sonstige Lebensmittel in die Städte und an den Staat, der mit dem Export Devi-

sen für seine Industrialisierungspolitik erhalten wollte. Wenn jedoch etwa eine extreme Dürre die Ernte weitgehend vernichtete, waren kaum Rücklagen vorhanden, und es kam – wie 1891/92 – zu einer furchtbaren Hungersnot. Das größte Strukturproblem in den Dörfern blieb die Landarmut bei wachsendem Bevölkerungsdruck. Als nach 1900 Teile des Adels – überwiegend Großgrundbesitzer – versuchten, ihren Landanteil auf Kosten der Bauern auszudehnen, stießen sie in den Dörfern auf entschiedenen Widerstand. Die Anzeichen mehrten sich, dass die Bauern nicht mehr bereit waren, das Vorgehen der Agrarier – der großgrundbesitzenden Adligen – und die staatliche Politik, die diese begünstigte, einfach hinzunehmen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachten eine soziale Differenzierung im Dorf mit sich. Während zahlreiche Bauern ärmer wurden, gelang einigen der Aufstieg in einen – oft labilen – Wohlstand: Sie verfügten über ein bisschen mehr Land, über eine Kuh oder ein Pferd mehr, über die eine oder andere Arbeitskraft mehr als der Durchschnitt. Nur wenige bildeten eine verhältnismäßig reiche bäuerliche Oberschicht. Oft wurden sie abschätzig als «Kulaken» bezeichnet. Wörtlich bedeutet dies «Fäuste» und meinte hier Menschen, die auf unsaubere Weise ihr Besitztum geschaffen hatten und andere peinigten. In den Dorfgemeinden und in den Semstvos gaben sie oft den Ton an.

In der Kompetenz der Obschtschina lag auch die Erlaubnis für Einwohner, ihr Dorf zu verlassen. Die Freizügigkeit war mit der «Bauernbefreiung» nicht gewährt worden: Die Steuerkraft des Dorfes sollte erhalten bleiben und eine Massenzuwanderung von Arbeitskräften in die Städte verhindert werden. Diese hätten weder beschäftigt noch angemessen untergebracht werden können. Trotzdem verließen zahlreiche Bauern ihre Dörfer, um in ländlichen oder städtischen Industriezentren als Arbeiter ein besseres Leben zu suchen. Die seit den 1880er Jahren rasch anwachsende Industrie verstärkte die Hoffnungen auf ein höheres Einkommen außerhalb der Landwirtschaft und damit auch die Bereitschaft der Dorfgemeinden,



Ein baschkirischer Bauer mit Kind beim Pflügen mit dem Hakenpflug.
Fotograf unbekannt. Aus einer Postkartenserie «Types de Russie», um 1900, Sammlung Radzievsky.

etliche Bewohner gehen zu lassen: Meistens behielten diese «Bauern-Arbeiter» ihren Landanteil und damit das Recht, jederzeit – zu Saisonarbeiten oder zur eigenen Sicherheit in Notfällen – wieder zurückkehren zu können. Dafür zahlten sie ihre Steuern weiter und schickten auch, wenn möglich, zusätzlich Geld, sodass sich insgesamt die finanzielle Situation im Dorf verbessern konnte. Die Bewirtschaftung des Landes übernahmen Angehörige.

Der überwiegende Teil der Industriearbeiterschaft kam vom Land. Die Erwartungen, in den Städten ein schöneres Leben als in den Dörfern zu finden, erfüllten sich allerdings häufig nicht. Lange Arbeitszeiten, oft schwierige Arbeitsbedingungen und eine strenge Arbeitsdisziplin, deren Verletzung hohe Strafen nach sich zog, wurden im Durchschnitt mit einem verhältnismäßig niedrigen Lohn entgolten. Die Lebenshaltungskosten lagen hingegen sehr hoch. Besonders erbärmlich waren die Wohnverhältnisse. Vielfach wurden Männer und Frauen in Baracken oder riesige

Schlafsäle gepfercht. In den Slums herrschten katastrophale hygienische Zustände, es verbreiteten sich Alkoholismus, Prostitution und Kriminalität. Mehrfach brachen Seuchen aus.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter versuchten, unter den drückenden Zuständen wenigstens etwas an «Eigen-Sinn» zu retten. Unternehmer klagten immer wieder über Bummel und «Schwänzen», über Krankmeldungen und raschen Arbeitsplatzwechsel. Die größte Hilfe, um in den Betrieben und mit den städtischen Lebensbedingungen zurechtzukommen, stellten genossenschaftliche Organisationen dar: die «Arteli» – Arbeitskollektive, in denen sich «Bauern-Arbeiter» zusammenschlossen – und Landsmannschaften. Über die Landsleute erreichten auch Nachrichten aus der Stadt das Dorf und umgekehrt. Ein Informations- und Kommunikationsnetz entstand, das seinesgleichen suchte und in den späteren Revolutionen eine wichtige Rolle spielte.



Arbeiterschlaflsaal in der Moskauer Textilfabrik «Trjochgornaja».

Fotografie von Edouard und Auguste de Jongh, um 1898.

Über die «Bauern-Arbeiter» gelangten dörfliche Sitten und Bräuche sowie Verhaltensweisen in die Industriezentren. Patriarchalische Muster spiegelten sich im Rollenverständnis von Mann und Frau. Ländliche Gewohnheiten, nach Trinkorgien an Kirchen- und Erntefesten oder in Konfliktfällen mit Gewalt zu reagieren, setzten sich jetzt in der Stadt fort. Doch lässt sich dieses Verhalten keineswegs verallgemeinern: Wie die von Rubakin, Bontsch-Brjewitsch und anderen gesammelten Autobiografien zeigen, entsprachen weder die Bauern oder die «Bauern-Arbeiter» noch die schon länger in der Stadt ansässigen Arbeiter dem Bild des primitiven, anarchischen und gewaltbereiten Menschen, das häufig an die Wand gemalt wird.

In der ständischen Gesellschaftsgliederung war die soziale Mobilität bemerkenswert hoch. So gelang es auch manchen ehemaligen Bauern, als Unternehmer große Textil- und Nahrungsmittelfabriken aufzubauen. Andere hatten als Staatsbeamte, Ingenieure oder Techniker ihre Berufs-

laufbahn begonnen. Sie waren hauptsächlich in bedeutenden Firmen des Roh- und Brennstoffwesens sowie der Metall- und Rüstungsindustrie oder in Banken tätig, die überwiegend als Aktiengesellschaften mit einem hohen Anteil an Auslandskapital organisiert wurden. Obwohl die Unternehmer zahlenmäßig nur eine kleine Schicht darstellten, wuchs ihr Einfluss stetig.

Der Adel, die herrschende Oberschicht, war wie alle anderen sozialen Gruppen keine geschlossene Einheit. Sehr viele Kleinadlige lebten dürftig wie die Bauern oder auf Kosten von reichen Verwandten, soweit es ihnen nicht gelungen war, im Staatsdienst oder in der Wirtschaft eine auskömmliche Stellung zu finden. Einige aber stiegen zu wohlhabenden liberalen Unternehmern auf. Hingegen investierten nur wenige Großgrundbesitzer ihre Gewinne in die Industrie. Damit verschärften sie eines der Strukturprobleme der russischen Industrialisierung: den Mangel an Kapital. Vermögen war eigentlich genügend vorhanden.



Erdölförderung in Balachany (Aserbaidshan), Russisches Reich, 1902.

Fotograf unbekannt.

Eine Reihe der Großgrundbesitzer, namentlich in den fruchtbaren Gegenden Südrusslands, war Nutznießer der «Bauernbefreiung» gewesen. Sie vergrößerten auf Kosten der Bauern wie der Kleinadligen ihren Landbesitz, verpflichteten die Bauern durch Regulierungsverträge oder Anstellungen als Landarbeiter und produzierten Getreide sowie sonstige Erzeugnisse für die Städte und den Export ins Ausland. In der Regel blieben sie in ihren traditionellen Denk- und Verhaltensweisen verhaftet und pflegten einen aufwendigen Lebensstil. Trotz ihrer angesichts der Industrialisierung schwindenden wirtschaftlichen Bedeutung nahmen die Agrarier nach wie vor eine starke politische Stellung ein.

Entsprechend widersprüchlich fiel die zaristische Wirtschaftspolitik aus. So gewann eine Industrialisierungskonzeption die Oberhand, die der Förderung der Produktionsmittelindustrie durch den Staat mittels Aufträgen und Heranziehung von Auslandskapital uneingeschränkten Vorrang gab,

nicht zuletzt, um den Eisenbahnbau und die militärische Rüstung voranzutreiben. Doch eine entschlossene und geradlinige Umsetzung dieser Konzeption gelang nicht. Richtungskämpfe zwischen Unternehmern sowie zwischen Industriellen und Agrariern, die sich auch in Auseinandersetzungen innerhalb des Staatsapparates niederschlugen, verwässerten die entsprechenden politischen Maßnahmen. Die strukturelle Vielschichtigkeit Russlands führte zu einem «verkrüppelten Kapitalismus».¹

Um die Jahrhundertwende verschärften sich die Widersprüche im russischen Imperium. Eine für den Getreideexport ungünstige weltwirtschaftliche Konjunktur traf mit zunehmenden sozialen Konflikten in Industrie und Landwirtschaft zu-

¹ Haumann 1980, S. 69, 152, im Anschluss an Karl Marx, der 1847 vom «verkrüppelten Entwicklungsgang der deutschen Bürgerklasse» sprach (Karl Marx und Friedrich Engels: Werke. Bd. 4, Berlin 1969, S. 346).

Der «Rote Oktober» und sein Nachhall im geteilten Deutschland

MARTIN SABROW

Die Fahrt ins gelobte «Land des Roten Oktober» kam einer Taufe gleich, und die Gemeinschaft, die sie stiftete, galt für immer. So erlebten in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts die Jungkommunisten, die von der Mutterpartei bestimmt waren, sich an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau als Berufsrevolutionäre ausbilden zu lassen, ihre Reise in das Mekka der Revolution. Die Gespräche erstarben, als der von Warschau kommende Zug in die Grenzstation einlief und vor dem sich über die Geleise spannenden Eisenbogen mit dem prangenden roten Stern Halt machte, der davon kündete, dass der Reisende in der Heimat der Weltrevolution angekommen sei. Ein programmatisch mit den Worten «Ich betrete Sowjet-erde» überschriebener Bericht dieser Jahre hält die Gefühle von Ehrfurcht und Zuversicht fest, die die Reisenden in diesem Moment bewegten. «Für mich waren die roten Fahnen, die mir und den anderen Gästen zum Empfang wehten, das Symbol, dass ich endlich mein wirkliches und echtes Vaterland betrete.»¹ So erlebte auch der saarländische Jungkommunist Erich Honecker im Juli 1930 seine Reise in das «Reich des Roten Sterns», das er verehrte, seit er als Kind «die Nachricht vom Roten Oktober in Russland und die Hoffnung, die von dieser Nachricht ausging» in sich aufgenommen hatte. Als er, in Moskau angekommen, vom Belorussischen Bahnhof zum Roten Platz hinunterging, sah er durchaus die obdachlos herumstreunenden Waisenkinder der Revolution, die durch Hunger und Gewalt elternlos geworden waren, und er sah die leeren Schaufenster der Geschäfte, die für die Erfüllung des ersten Fünfjahresplans warben statt für den Kauf von Esswaren. «Doch das machte auf mich keinen Eindruck», schrieb Honecker noch 1980 in seinen Memoiren ganz offenherzig, denn «in dieser legendären Stadt, in der das Herz der Weltrevolution schlug», bewegte er sich als ein Erleuchteter:

«Ich war im Land meiner Träume», und für «mich bestand das Wichtigste eben darin, im Land des Roten Oktober zu sein».²

Dieses sinnstiftende Bild der Oktoberrevolution hatte seinen Glanz für ihn unverändert gewahrt, als sich der vor dem Zorn der Bevölkerung in eine christliche Anstalt geflohene Staatschef a.D. Honecker 60 Jahre später über sein Leben und sein politisches Scheitern Rechenschaft zu geben versuchte. Seinem Interviewer Reinhold Andert vertraute er Anfang 1990 an, wie sehr er in der ausweglos scheinenden Krise des Sozialismus neue Kraft aus der Erinnerung an die Revolution zu ziehen versucht hatte und wie unverändert er die Stellung zu ihr als lebensgeschichtlichen Maßstab zur Scheidung von Freund und Feind betrachtete: «Ich habe vor kurzem noch einmal das Buch von John Reed ›Zehn Tage, die die Welt erschütterten‹ gelesen. Wer dieses Buch von vorn bis hinten durcharbeitet und sich die beiden Filme ansieht, die dazu gemacht worden sind, sowohl in der Sowjetunion als auch im Westen, der weiß, daß durch die Oktoberrevolution eine neue Etappe in der Weltgeschichte begann. Sogar Zweifel zu hegen, ob es richtig war, zur Oktoberrevolution überzugehen, das finde ich eine unerhörte Sache, um das nicht noch stärker zu qualifizieren!»³

Nur wenige seiner früheren Genossen und noch weniger Bürger des in Auflösung begriffenen Staates DDR, der Deutschen Demokratischen Republik, hätten zu dieser Zeit solchem Denken noch folgen mögen. Der entmachtete Repräsentant einer entkräfteten Diktatur beschwor ein heroisches Bild der weltumstürzenden Tage, das sich längst schon in Luft aufgelöst hatte, und er huldigte einem Revolutionspathos, für das in der politischen Kultur nicht nur des westdeutschen, sondern auch des ostdeutschen Staates von An-

¹ Julia Köstenberger: *Kaderschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926–1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen*, Wien 2016, S. 123.

² Erich Honecker: *Aus meinem Leben*, Berlin (Ost) 1980, S. 8 u. 36 f.

³ Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg: *Der Sturz. Honecker im Kreuzverhör*, Berlin/Weimar 1990, S. 71.

fang an nur wenig Raum war. Das klingt überraschend, denn fraglos spielte die «Große Sozialistische Oktoberrevolution» im Feiertagskalender der DDR bis 1989 eine höchst prominente Rolle. An jedem 7. November wurden überall in der DDR Ansprachen gehalten, Auszeichnungen vergeben, Adressen formuliert. Rituell sich wiederholende Versammlungen und Fahnenappelle prägen die ostdeutsche Erinnerung an den 7. November. An die «Auftritte meiner Klasse bei der Patenbrigade (Kulturabteilung der FDGB-Bezirksleitung), wo wir den Graumäusen des FDGB die schönsten Revolutionslieder auf Russisch vorsangen und Gedichte vortrugen», erinnert sich stellvertretend für viele andere ein früherer Schüler der Polytechnischen Oberschule mit erweitertem Russischunterricht «W. I. Lenin» in Potsdam. Er bewahrte allerdings auch den leblosen Charakter dieser Veranstaltungen im Gedächtnis: «Um diese Zeit fanden auch unsere Freundschaftstreffen mit der Mittelschule der sowjetischen Garnison statt, die allerdings kaum eigenes politisches Programm beinhalteten, sondern eher einem ritualisierten und stets etwas steifen Kaffee-Kuchen-Kränzchen glichen.»⁴ Jahr um Jahr sandte die SED-Führung ihren «Glückwunsch zum Oktoberjubiläum» nach Moskau, und zu jedem Jahrestag füllte die Oktoberrevolution die ganze erste Seite der DDR-Presse. «Bruderbund mit UdSSR von Herzen bekräftigt. Beste Wünsche und herzliche Begegnung in der Botschaft Unter den Linden», meldete die *Berliner Zeitung* am 8. November 1974 und unterstrich, dass der Jahrestag der Oktoberrevolution nicht nur die Führung, sondern auch die Geführten anging: «Die Mitglieder der Partei- und Staatsführung und Tausende Berliner Werktätige vereinten sich gestern zu einer feierlichen Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow.»

So war es im Ton nicht anders in den Jahrzehnten davor und auch in den Jahren danach. Noch am 7. November 1989, zwei Tage vor dem Fall der Berliner Mauer, feierte das *Neue Deutschland* den nunmehr 72. Jahrestag der Russischen Revolution auf seiner Titelseite im Fettdruck: «Roter Oktober stieß das Tor zur Erneuerung der Welt auf. Bündnis DDR-Sowjetunion wird auf Grund gemein-

sam erkannter Erfordernisse gefestigt und ausgebaut». Von Anfang bis Ende galt die Russische Revolution im Selbstverständnis der SED-Diktatur als eigentliche Gründungsurkunde. Doch ungeachtet dieser gleichbleibend hohen Aufmerksamkeit für die am Anfang der DDR 30 Jahre und an ihrem Ende über 70 Jahre zurückliegende Weltenswende von 1917 blieb die Russische Revolution in der sozialistischen Sinnwelt der DDR von Anfang an ein seltsam abstraktes Ereignis, und die Gründe dafür reichen bis in die Entstehungsgeschichte beider deutscher Staaten zurück. Zwar stellten Revolutionen und Revolutionszyklen in der ostdeutschen Historiografie ein durchaus prominentes Thema dar. In der parteimarkistischen Geschichtsschreibung der DDR nahm insbesondere die an der Universität Leipzig von Walter Markov geleitete Beschäftigung mit der Französischen Revolution einen international beachteten Aufschwung, und auf die Etikettierung von Reformation und Bauernkrieg als frühbürgerliche Revolution des 16. Jahrhunderts verwandte die DDR-Historiografie zeit ihrer Existenz erhebliche Anstrengungen. Selbst der als «bürgerlicher Historiker» an der Universität Jena zunehmend unter Druck geratende Nichtmarxist Karl Griewank konnte seine jahrelange Beschäftigung mit den europäischen Revolutionen 1952 in einem viel beachteten Vortrag über den neuzeitlichen Revolutionsbegriff zusammenfassen, dessen Ausarbeitung zu einer bis heute zitierten monografischen Studie allerdings erst 1955 erschien, zwei Jahre nach Griewanks Tod, und bald nur noch in der Bundesrepublik rezipiert wurde.

Aber Politik und Geschichtsschreibung vermieden in der DDR bis 1989 zugleich, die Umgestaltung der Verhältnisse von der Bodenreform und der Verstaatlichung der Großindustrie über die SED-Gründung bis zur Ausrufung des Sozialismus 1952 als Revolution zu bezeichnen. Sie begnügten sich stattdessen mit der beschönigenden Formel der «antifaschistisch-demokratischen Umwälzung», die die KPD bereits in ihrem Gründungsprogramm

⁴ Freundliche Mitteilung von Albrecht Wiesener, Berlin, an den Verfasser, 2. 7. 2016.



Raumansicht aus der Dauerausstellung zur Oktoberrevolution im Museum für Deutsche Geschichte, Berlin (Ost).
Fotograf unbekannt, Ende der 1980er Jahre.

1945 geprägt hatte, um so die legitimatorische Basis ihrer dank der sowjetischen Besatzungsmacht etablierten Gesellschaftsordnung zu verbreitern und nach Westdeutschland hin anschlussfähig zu halten.

Eine seltsam formelhafte Rolle spielte im Geschichtsbild der DDR auch die Russische Oktoberrevolution. In der während der 1950er Jahre präsentierten Dauerausstellung des Museums für Deutsche Geschichte (MfDG) stand die den Besuchern versicherte Bedeutung des Umsturzes in Russland in einem sonderbaren Gegensatz zur Kargheit der dargebotenen Exponate, wie sie das Begleitheft zur Ausstellung für die Nachwelt dokumentierte. Auch in den 60er Jahren präsentierte das Museum unter der Epochenüberschrift «Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen auf Deutschland» als «bemer-

kenswerte Ausstellungsstücke» neben einer Plastik *Oktoberrevolution* (F. Rogge 1957) lediglich ein Modell des Panzerkreuzers «Aurora» und zwei frühe «Dokumente der Sowjetmacht», nämlich das *Dekret über den Frieden* und das *Dekret über Grund und Boden*.⁵

20 Jahre später hatte sich die Kluft zwischen narrativem Anspruch und anschaulicher Umsetzung sogar noch weiter vergrößert. Im Katalog zur Dauerausstellung des MfDG von 1984 wurde die Oktoberrevolution als «Anbruch einer neuen Epoche der Weltgeschichte» eingeführt, die den «tiefgreifendste[n] Umbruch in der bisherigen Geschichte der Menschheit» herbeigeführt habe.

⁵ *Lebendige Geschichte. Wegweiser durch die Ausstellungen des Museums für Deutsche Geschichte Berlin*, o. O. 1967/68, S. 17f.



Sonderdruck des «Neuen Deutschland» über den ersten sowjetischen Sputnik, 5.10.1957.

«Unter Führung der Partei Lenins errichtete die Arbeiterklasse Rußlands im Bündnis mit den armen Bauern die Diktatur des Proletariats in Form des Sowjetstaates und leitete den Aufbau des Sozialismus ein. Die siegreiche proletarische Revolution erschütterte die Welt des Kapitalismus in ihren Grundfesten. Die allgemeine Krise des Kapitalismus kam zur vollen Entfaltung. Die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung begrüßten begeistert den Roten Oktober.» Das auf der gegenüberliegenden Seite des Katalogs präsentierte Foto zeigte allerdings «Bewaffnete Arbeiter, Soldaten und Matrosen in Berlin Unter den Linden/Ecke Friedrichstraße, 9. November 1918», und die die Textaussage beglaubigenden Ausstellungsstücke beschränkten sich auf wenige Exponate wie ein «Modell der Aurora» im Maßstab 1:100 und eine rote Fahne revolutionärer russischer Soldaten, die «im Frühjahr 1918 an der Ostfront dem Soldatenrat des 106. Leipziger Infanterieregiments übergeben» worden war.⁶

Eine Ausnahme von der Regel bildete eine in der Zeit des Tauwetters 1957 erarbeitete Sonderausstellung des MfDG zur *Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und ihren Auswirkungen auf Deutschland*. Wie das Protokoll einer Planungssitzung am Museum festhielt, wollte sie im Zeichen des Tauwetters ausdrücklich darauf reagieren, dass die Revolution in der DDR keinen lebendigen Erinnerungsort darstelle, und vitale Konkretheit an die Stelle blutleerer Ableitungen setzen: «Wir verfolgten mit dem Drehbuch die Absicht, vor allem die Oktoberrevolution darzustellen, und zwar breit darzustellen, weil es sich herausgestellt hat, daß doch viele Menschen in der Republik von den eigentlichen Geschehnissen in Rußland, die bis zur Oktoberrevolution führten, und über die Oktoberrevolution und die anschließende Zeit wenige und ungenügende Kenntnisse hatten.»⁷ In der Diskussion des Ausstellungs Drehbuchs mit dem Wissenschaftlichen Rat des Museums aber gewann eine Argumentationslinie Oberhand, die diese Absicht gezielt konterkarierte und im Gegenteil verlangte, dass die Ausstellung weniger das Ereignis selbst als vielmehr seine

welthistorische Bedeutung zu würdigen habe. «Es muss bis zum Ende gehen», verlangte die in ihrer Dogmenfestigkeit von niemandem zu übertreffende Direktorin der SED-Parteihochschule Hanna Wolf, «bis zum heutigen Tage, denn sonst bekommen wir nicht die ganze Auswirkung. Die ganze Größe der Oktoberrevolution in ihrer internationalen Bedeutung zeigt sich – für jeden sichtbar und verständlich – doch gerade auch nach 1945, und wenn wir diese Periode nicht genügend scharf hervorheben, kommt das doch sehr kurz.»

Vergeblich wandten die Fachleute der Museumsseite ein, «daß man durch Beschränkung des Stoffes mehr gibt, als wenn man es ins Endlose ausweitet» (Eduard Ullmann). Auch Alfred Meusel, Gründungsdirektor des MfDG und Nestor der DDR-Geschichtswissenschaft, bekannte sich zu dem ausstellungsdidaktischen Grundsatz, «daß solche Ausstellungen, in denen immer ein sehr großer Zeitraum dargestellt wird, wo immer dieselben Bilder von demonstrierenden Menschen und wehenden Fahnen folgen, keinen Sinn haben, daß wir lieber in die Tiefe graben wollen, innerhalb eines begrenzten Zeitabschnitts.» Hanna Wolf fochten diese Bedenken wenig an. Sie beharrte auf der Priorität des Allgemeinen vor dem Besonderen und zieh ihre Gegner, die das Leben nicht durch die Lehre eskamotiert wissen wollten, kühl einer bloßen Verliebtheit in die Vergangenheit: «Die internationale Bedeutung der Oktoberrevolution ist weder mit dem November 1917 [...] noch mit 1922 zu Ende. Diese Bedeutung wächst doch von Tag zu Tag. [...] Das muß man zeigen als ein Ergebnis der Oktoberrevolution, sonst [...] wird das nur Historik oder zum mindesten vor allem Historik und das ist nicht der Sinn dieser Ausstellung.»

⁶ Deutsche Geschichte 1917–1945. Katalog, hg. v. Museum für Deutsche Geschichte, Abteilung 1917–1945, Berlin 1984, S. 4–7.

⁷ Hausarchiv des Deutschen Historischen Museums, MfDG 50, Stenogrammübertragung der Ausführungen auf der Tagung des Wissenschaftlichen Rates beim Museum für Deutsche Geschichte am 7.9.1957, Äußerung Wolfgang Herbst. Die folgenden namentlich zitierten Äußerungen der Diskussion stammen ebenfalls aus diesem Protokoll.

Unvorhersehbare Vergangenheit

Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur im heutigen Russland

BORIS KOLONICKIJ

Das bevorstehende Jubiläum der Russischen Revolution von 1917 macht viele Menschen neugierig. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen stellen oft die Frage: «Wie wird der Revolution 2017 gedacht?» In St. Petersburg habe ich keine genaue Vorstellung davon, womit sich meine Moskauer Kollegen beschäftigen, die als Experten in der politischen Beratung tätig sind. An den Newa-Ufern ist es leichter, sich einzubilden, man sei ein Bewohner des Elfenbeinturms ... Mich erreichen Gerüchte über pseudohistorische Filmproduktionen, die Vorbereitung sowohl wissenschaftlicher als auch pseudowissenschaftlicher Fernsehsendungen und «Jubiläumskonferenzen» ... Es besteht kein Zweifel, dass bereits erhebliche Geldmittel in verschiedene «historische» Projekte investiert worden sind und das Jubiläum zu einem verbesserten Lebensniveau vieler Historiker, Regisseure und Drehbuchautoren beitragen wird. Und doch können die Honorarempfänger und ihre Auftraggeber nicht genau vorhersehen, wie man der Russischen Revolution im Jahr 2017 gedenken wird.

Russland wird oft als ein «Land mit einer unvorhersehbaren Vergangenheit» bezeichnet. Die heutige Russische Föderation kann man sogar ein «Land mit einer besonders unvorhersehbaren Vergangenheit» nennen.

Meines Erachtens könnte man über folgende Faktoren der wachsenden Unvorhersehbarkeit sprechen:

1. Für Russland ist eine Beschränkung im Bereich der öffentlichen Politik charakteristisch. Die fehlende Diskussion zu vielen Fragen führt dazu, dass die Erinnerungspolitik eine hypertrophierte, übermäßige Rolle spielt und eine Art Surrogat für andere Bereiche der Politik ist.

2. Es besteht – nicht nur in Russland – eine zugleich zynische und naive Vorstellung über politische Technologien. Viele Vertreter der Eliten scheinen zu glauben, dass finanzielle Zuwendungen den Erfolg jedes Projektes der Erinnerungspolitik gewährleisten und jede Manipulation des historischen Gedächtnisses ermöglichen.

3. Wenden in Russlands Außenpolitik können mitunter krasse Veränderungen in der Implementierung erinnerungspolitischer Maßnahmen herbeiführen.

4. Es ist schwer vorherzusehen, wie ein erinnerungspolitisches Projekt genutzt wird und wie es das Geschichtsverständnis und das historische Gedächtnis beeinflusst. Das ist allerdings nicht nur in Russland so.

Und doch lassen sich einige Vermutungen anstellen, wie das Jubiläum der Revolution begangen wird.

Man kann viele Studien von Forschern zum kulturellen Gedächtnis und der Geschichtspolitik nennen – Soziologen, Historiker, Politologen führen wichtige Untersuchungen durch, die der Analyse von Schulbüchern, offiziellen Feierlichkeiten sowie der Erforschung dieses russischen Ereignisses in vergleichender Perspektive gewidmet sind. Ich dagegen trete hier als Historiker der Russischen Revolution auf, der nicht umhinkann, sich für den Kontext zu interessieren, der die Wahrnehmung seiner Studien beeinflusst. Dabei mache ich von meinen Erfahrungen in der Forschung über politische und kulturelle Entwicklungen der Revolutionsepoche Gebrauch, um ein besseres Verständnis für diesen Rahmen meiner Tätigkeit zu ermöglichen.

Ich gehe davon aus, dass Menschen, die Ansprüche darauf erheben, die Erinnerungspolitik zu steuern, und die versuchen, das kulturelle Gedächtnis zu beeinflussen, in ihren Handlungen begrenzt sind. Erstens weisen bisherige erinnerungspolitische Projekte eine gewisse Trägheit auf. In einer solchen Situation ist es schwer, schnelle Wendungen zu machen, da diese eine Destabilisierung des Systems der politischen Legitimation verursachen können.

Zweitens muss jedes Erinnerungsprojekt in einer großen historischen Perspektive eine gewisse wissenschaftliche Unterstützung haben. Man kann die professionelle Expertise der Historiker lange Zeit ignorieren, aber mit der Zeit wird das erinnerungspolitische Projekt anfechtbar (der Schock nach der Bekanntgabe mit den «weißen Flecken der Geschichte» war eine wichtige Ressource für die antisystemische politische Mobilisierung).

Drittens, und das ist besonders wichtig, ist jedes geschichtspolitische Projekt durch den Kontext des kulturellen Gedächtnisses eingeschränkt, der nur langsam verändert werden kann. Dieser kulturelle Hintergrund schränkt die Wahl von Informationsbotschaften ein, beeinflusst die Form dieser Botschaften und ihre Wahrnehmung durch das Publikum.

Das kommunikative Andenken an die Revolution ist jetzt unvermeidlich ein anderes: Viele Menschen, die noch mit Teilnehmern der Revolution gesprochen haben, sind noch am Leben, aber ihre Zahl geht zurück. Schon für die Generation meiner Kinder wird das Andenken an die Revolution «nur» durch relevante Texte und Bilder, öffentliche Zeremonien und Riten bestimmt.¹

1987 bis 2007

Das Andenken an die Revolution war das dominierende geschichtspolitische Projekt der UdSSR, erst später wurde es durch das Projekt des Andenkens an den Großen Vaterländischen Krieg 1941 bis 1945 zurückgedrängt. Allerdings blieb die Erinnerung an die Revolution weiterhin der sakralisierende und legitimisierende Gründungsmythos der neuen Gesellschaft.

Das Gedenken an die Revolution 1917 wurde durch die Schaffung von immer neuen Gedenkstätten, Zeremonien, Riten, wichtigen Texten und Bildern erhalten, viele davon wurden zu einem Bestandteil der russischen Kultur und übten einen Einfluss auf die Kultur anderer Länder aus. Im Rahmen des großen Projekts entstanden auch kleinere Projekte (z. B. regionale oder institutionelle); zwi-

schen ihnen gab es zuweilen Spannungen, was dem stabilen Kanon eine gewisse Dynamik verlieh und seine Entwicklung sicherte. Die Erinnerung an die Revolution in der UdSSR hatte ihre räumlichen Anknüpfungen (auf nationaler und lokaler Ebene) und den jährlichen Zyklus der Gedenktage, von denen der 7. November (der Jahrestag der Oktoberrevolution) eine besonders wichtige Rolle spielte und nach 1941 das Gedenken an die Revolution mit dem an den Großen Vaterländischen Krieg verband. Es war unmöglich, dass ein sowjetischer Bürger nichts über die Revolution wusste. Manchmal vermittelten die Informationen des Erinnerungsprojektes nur noch eine Illusion des Wissens, aber jeder wusste zumindest etwas über das Jahr 1917 – Lenin, die Parole «Alle Macht den Sowjets», Lenins Laubhütte, Smolny, «Sturm auf den Winterpalast», die Salve der «Aurora» usw. Das war eine wichtige informationelle und symbolische Ressource, die jedoch offen blieb für einen unterschiedlichen, manchmal unvorhersehbaren Gebrauch.

Übrigens ist die Bezeichnung des Andenkens an die Revolution als «sowjetisch» eine starke Simplifizierung. Erstens war der Oktober – ganz zu schweigen vom Februar – nicht nur eine bolschewistische Revolution. Die linken Sozialrevolutionäre, Anarchisten und parteilosen Aktivisten betrachteten die Oktoberrevolution als ihre eigene. Unter den «Helden des Oktobers» gab es viele zukünftige Teilnehmer «antisowjetischer» Proteste während des Bürgerkrieges, unter ihnen die Aufständischen von Tambow und die Kronstadter Matrosen, die 1921 die neuen Machthaber herausgefordert hatten. Die Bolschewiki waren nicht ohne Erfolg bestrebt, die Geschichte der Revolution zu «bolschewisieren», trotzdem bestand auch weiterhin eine Erinnerung an die «andere Revolution» und sogar an den «anderen Oktober». Zweitens bot die Ressource des Gedenkens und des Feierns selbst Gelegenheiten für die Gegner der Bolschewiki. Die im Voraus bekannte Lokalisierung und zeitliche Terminierung, die Kon-

¹ Die Begriffe «kulturelles Gedächtnis» und «kommunikatives Gedächtnis» entnehme ich den Werken von Jan Assmann.



Denkmal für Lenin vor dem Finnischen Bahnhof in St. Petersburg von 1926.

Bildhauer: Sergej A. Jewsejew, Architekten: Wladimir A. Schtschuko und Wladimir G. Helfreich.

zentration großer Menschenmengen ermöglichen es, antikommunistische Propaganda-Aktivitäten durchzuführen. Drittens machte die Ideologisierung des Erinnerungsprojekts den Kanon sehr anfechtbar, falls man sich mit den – durchaus zugänglichen – Quellen näher beschäftigte. So konnte allein die Lektüre des bekannten Buches von John Reed das geschlossene Bild des «Beginns einer neuen Ära» zerstören.

Viertens ermöglichten die Symbolik und der Kult der Revolution und der Revolutionäre selbst, eine wichtige Komponente der sowjetischen politischen Kultur, den Protest gegen das System zu gestalten und zu legitimieren.

Dies geschah auch während der «Perestroika». Man kann nicht behaupten, dass das Gedenken an die Revolution die wichtigste Ressource der politischen Mobilisierung dieser Zeit war, doch konnte man seinen Einfluss spüren. Die Parole «Alle Macht den Sowjets» erhielt einen neuen Sinn: Sie wurde zu einem Werkzeug für die Zerstörung des politischen Monopols der Kommunistischen Partei, war es doch schwer für die Machthaber, die Parolen der Revolution zu kritisieren.

Einige Texte, Rituale und Symbole wurden gegen den Strich gebürstet, ihnen wurde eine gegensätzliche Bedeutung zugeschrieben. So wurde der 7. November für antikommunistische Aktionen genutzt. Der Kontrast zwischen den herkömmlichen Feierlichkeiten und den Losungen der Opposition verlieh diesen Aktionen eine besondere Kraft.



Boris Jelzin auf dem Panzer vor dem «Weißen Haus» in Moskau während des Putsches.

Fotograf unbekannt, 19. 8. 1991.

Die bolschewistische politische Kultur übte einen sichtbaren Einfluss auf Boris Jelzin aus, seine Rede auf dem Schützenpanzer im August 1991 war ein leicht erkennbares Zitat. Im Einflussfeld der sowjetischen revolutionären Tradition bewegten sich auch viele Antikommunisten, und das – ob sie sich dessen bewusst waren oder nicht – war einer ihrer Erfolgsfaktoren.

Die Teilnehmer des politischen Prozesses konnten das gewachsene kulturelle Gedächtnis an die Revolution nicht ignorieren. Es galt, sie zu nutzen, weiterzuentwickeln, umzucodieren. Eine Zeit lang blieb die liberaldemokratische Interpretation der Revolution populär: «dem bösen Oktober», dem bolschewistischen «Staatsstreich», dem «Putsch» wurde ein «guter Februar» entgegengestellt. Die Auflösung der Russischen Konstituierenden Versammlung im Januar 1918 wurde als ein Wendepunkt der Geschichte angesehen. Diese These ignorierte einige offensichtliche

historische Tatsachen (den Zusammenhang zwischen Februar und Oktober, die wesentliche Unterstützung, die die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre in den wichtigsten Regionen hatten, u. a.). Im Großen und Ganzen war der Versuch, eine parteiliche «demokratische Mythologie» aufzubauen, unpragmatisch: Während die kommunistische und nationalistische Ideologien ihren Einfluss ausweiten konnten, indem sie alte und neue Mythen konstruierten, rekonstruierten und verbreiteten, hätte die liberale und demokratische Ideologie mehr Vorteile von der maximalen Rationalisierung des historischen Bewusstseins gehabt, die auf einer kritischen Verarbeitung der Geschichte basiert. Nach der Krise im Oktober 1993, als die dem Präsidenten Jelzin loyalen Panzersoldaten das Gebäude des Obersten Sowjets beschossen, konnte die Erinnerung an die Auflösung der Konstituierenden Versammlung zudem auch gegen die Staatsmacht wirken.



Plakat zum «Tag der Versöhnung und Eintracht», 1996 bis 2005 begangen am 7. November, danach «Tag der Einheit», verlegt auf den 4. November, um Assoziationen mit der Oktoberrevolution zu vermeiden.




Briefmarke: Perestroika – Fortsetzung des Oktoberwerkes, 1988.

Auf dem Transparent stehen die Worte:
Beschleunigung – Demokratisierung – Transparenz.

Darüber hinaus brachte schon allein das Vorhandensein der Gedenktage einen Handlungsbedarf hervor. Präsident Jelzin unterzeichnete am 7. November 1996 einen Ukas, der den 7. November zum Tag der Eintracht und Versöhnung bestimmte, und das Jahr 1997 wurde zum Jahr der Eintracht und Versöhnung erklärt. Ein Tag der Versöhnung hat sich daraus allerdings nicht ergeben, diesen Gedenktag haben weiterhin vor

allem die Kommunisten und ihre Verbündeten genutzt, die in Opposition zu Jelzin standen. Sie konnten von dem überlieferten und bekannten System der Symbole und Rituale der sowjetischen Periode Gebrauch machen. Die Anhänger Jelzins zeigten keine Kreativität, schufen nicht die nötigen Rituale und Symbole der von ihnen deklarierten Erinnerungspolitik.



Die revolutionären Ereignisse in Russland von 1917 bis 1922 führten zu einem Systemwechsel. Dieser prägte das gesamte 20. Jahrhundert und wirkt bis heute nach. Das Deutsche Historische Museum in Berlin und das Schweizerische Nationalmuseum in Zürich widmen der Russischen Revolution je eine Ausstellung. Begleitend dazu erscheint dieser Band mit Beiträgen von zwölf Autorinnen und Autoren aus Deutschland, der Schweiz, Russland, Frankreich und Großbritannien. Die Texte zeigen das revolutionäre Geschehen aus unterschiedlichen Blickwinkeln, setzen sich mit dessen Wirkungen und Folgen auseinander und machen deutlich, warum dies für uns noch heute Bedeutung hat.



9783954982745

SANDSTEIN